



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Bayerns Eltern nachhaltig entlasten – kostenfreie Kinderbetreuung endlich auch in Bayern!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass immer mehr Bundesländer den Weg der kostenfreien Kinderbetreuung gehen, während Bayerns Eltern weiterhin teils extrem hohe Gebühren bezahlen müssen. 500 bis 1.000 Euro je Kind und Monat für den Krippenplatz, gerade auch in Städten wie München, sind ein familienpolitisches Desaster und können durch 250 Euro Familiengeld nicht annähernd entschärft werden. Qualität der Betreuung und Beitragsfreiheit schließen einander nicht aus, eine bessere Bezahlung des Betreuungspersonals und weitere Qualitätsverbesserungen müssen zeitgleich angepackt werden. Ziel dabei ist, dass die Kernbetreuungszeit von bis zu fünf Stunden täglich für Kinder ab einem Jahr in den Einrichtungen kostenfrei gestaltet wird.

Die kommunale Ebene darf finanziell nicht mehr belastet werden, da diese Kostenfreiheit komplett durch staatliche Mittel finanziert wird. Dies ist für deutlich weniger Geld zu haben als das derzeitige juristisch nicht ausgegorene Wahlkampfmanöver Familiengeld, welches mit mehr als 750 Mio. Euro jährlich zu Buche schlägt und weder Struktur noch Qualität der Kinderbetreuung verbessert.

Begründung:

Der Eiertanz um das Bayerische Familiengeld ist Bayerns Eltern nicht mehr vermittelbar und sorgt vielerorts für Kopfschütteln und Verdruss. Anstatt rechtlich fragwürdige Wahlkampfgeschenke zu verteilen, wäre die Staatsregierung gut beraten, für eine tatsächliche Unterstützung der Eltern in Form einer kostenfreien Kinderbetreuung einzutreten. Hierbei soll die Kernbetreuungszeit von bis zu fünf Stunden täglich kostenfrei gestaltet werden, ähnlich wie es schon beim letzten Kindergartenjahr der Fall ist.

Kurios in diesem Zusammenhang ist, dass mit Berlin gerade jenes Land, welches am meisten vom hauptsächlich durch Bayern finanzierten Länderfinanzausgleich profitiert, unlängst seine Kitas kostenfrei geschaltet hat. Es kann daher nicht angehen, dass die Staatsregierung hier weiter auf stur schaltet und bei der kostenfreien Gestaltung der Kinderbetreuung mauert. Die Fraktion FREIE WÄHLER sieht Kinderbetreuung als frühkindliche Bildung und damit als eine staatliche Aufgabe an, weswegen dieser Bereich dringend kostenfrei geschaltet werden muss. Besonders alarmieren Zahlen der Bertelsmann Stiftung, dass armutsgefährdete Eltern monatlich ca. 10 Prozent ihres gesamten Nettohaushaltseinkommens für die Betreuung ihres Kindes ausgeben, was im Mittelwert 118 Euro entspricht. Die dementsprechenden Zahlen in Ballungsräumen, in welchen besonders die untere Mittelschicht unter finanziellem Druck steht, fallen ungemein höher aus. Ziel hier ist also vorrangig eine Entlastung der Mittelschicht unserer Gesellschaft, um diese nachhaltig zu stärken. Das schafft kein wie auch immer geartetes Familiengeld, sondern nur eine kostenfreie Kinderbetreuung in ganz Bayern.